

Regionaltag Attac Nürnberg am 28.04.2018 in Nürnberg

Protokoll zu Workshop: Europa mit Peter Wahl

Protokoll: Brigitte, Attac Nürnberg, 05.05.2018

Auf Zuruf (und anschließender Abstimmung) wurden nachfolgend aufgelistete Themen ausgewählt. Zu jedem Thema gab der Referent, Peter Wahl, einen kurzen Input. Die Themen erwiesen sich als wenig trennscharf. Insbesondere die Aspekte „Wie schaffen wir Bewusstsein?“ „Wie können wir Menschen von unseren Ideen überzeugen?“ „Wie gewinnen wir mehr Einfluss in/auf die Medien?“ wurden immer wieder angesprochen.

1) Ansätze für Alternativen

Dieses Thema konnte im Vortag am Vormittag nur kurz angesprochen werden und wird deshalb nun zu Beginn des Workshops bearbeitet

Im Wesentlichen werden in der aktuellen politischen Diskussion folgende Alternativen zur EU genannt :

a) **Mehr Europa aber anders** (also eine Reform der EU)

b) **Mit den EU-Verträgen brechen**

Mit dem Begriff „strategischer Ungehorsam“ ist z.B. gemeint: eine Gruppe von Staaten bzw. Kommunen verletzt bewusst EU-Regeln; eine Sanktion durch die EU bleibt aufgrund realer Machtverhältnisse aus oder ist so gering, das sie von den „widerständigen“ Staaten verkraftet werden können Voraussetzung hierfür ist eine entsprechende Unterstützung in der Bevölkerung / Gegenmacht.

Beispiele

EU-kritische Regierungen (etwa Frankreich, eine Koalition der „Willigen“) erklären, das sie bestimmte Maßnahmen der neoliberalen Politik nicht mehr mittragen, die EU-Kommission bzw. die BRD muss einen Kompromiss finden, um zu verhindern, dass diese Länder aus dem Euro austreten. Oder: Mehrere Kommunen halten bestimmte Vorgaben der EU nicht mehr ein. Hierzu gibt es aktuell nur wenige Beispiele (Kommunen verhindern/verzögern Abschiebungen).

c) **Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten**

Differenzierte Entwicklung, nicht alle EU-Staaten müssen zur gleichen Zeit alle Vorgaben der EU (bzw. des Euros) gleichermaßen umsetzen.

Diskutiert wurde nur 1b). Eine solche Strategie erscheint (noch) als schwer vorstellbar, da beim Nicht-Einhalten von EU-Vorschriften rechtliche Konsequenzen zu befürchten seien. Wichtig sei, Bewusstsein für die notwendigen grundlegenden Veränderungen zu bilden, wie es attac mit diversen Kampagnen gegen die EU-Politik bereits getan hat bzw. weiterhin tut, z.B.:

- Kampagne „TTIP-Freie Kommunen“
Hier ist jedoch (noch?) nicht bekannt, dass eine „TTIP-Freie Kommune“ tatsächlich etwa bei Ausschreibungen gegen EU-Vorschriften entschieden hat.
- Ebenfalls in diese Richtung ging die europäische Bürgerinitiative zur Wasserversorgung. Demnach dürfen die Kommunen nicht gezwungen werden, das Wasser zu privatisieren. (Jedoch: In Griechenland geschieht dies trotzdem.)

Wir sollten uns bewusst sein, dass wir bei der Durchsetzung von Alternativen zur EU-Politik gegen mächtige Kapitalinteressen kämpfen müssen. In der Diskussion wurde auch die Rolle der vielen kleinen Initiativen angesprochen, wie z.B. Bioläden, die zwar nicht gegen konkrete EU-Vorschriften verstoßen, jedoch gegen den Grundgedanken des EU-Wirtschaftssystems: unbegrenzte Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Natur. Ausgehend von kleinen Initiativen könnten Strukturen geschaffen werden, auf deren Basis konkrete Alternativen zur EU-Politik durchgesetzt werden könnten.
Ebenfalls zu diskutieren wäre: Welche Vernetzung brauchen wir? Auf welcher Ebene könnten jeweils Alternativen gedacht, propagiert, durchgesetzt werden?

2) Vereinigte Staaten von Europa – Was bedeutet dies? Was sind die Ziele?

Heute bedeutet eine stärkere Integration der EU mehr Militarisierung, mehr neoliberale Politik. Das Ziel, das die EU-Politiker, die sich für die „Vereinigten Staaten von Europa“ einsetzen, ist also ein ganz anderes als unser Ziel: ein gutes Leben für alle. Zudem: Welche Legitimation kann heute „Europa“ als Weltmacht haben? Wir müssen mit dem eurozentristischen Denken Schluss machen.

3) Neoliberaler Konstitutionalismus

Die neoliberale Politik ist in den EU-Verträgen verankert und hat heute in der EU den Rang unantastbarer Verfassungsbestimmungen. Daher sind viele Kritiker der EU der Ansicht, dass die EU nicht reformierbar ist und wir ein ganz neues Staaten-Gebilde denken und aufbauen müssen.

4) Militarisierung

Die „Militarisierung“ ist in den EU-Verträgen (vgl. Vertrag von Lissabon) festgeschrieben. Angesichts der Krise der EU erscheint der Ausbau der Militärmacht (und das konfrontative Auftreten gegenüber anderen Staaten, wie etwa Russland) als eine „Krisenbewältigungsstrategie“, eine Ablenkung von den Kernproblemen, ein Aufruf zur Geschlossenheit. Diese aggressive Außenpolitik gefährdet jedoch den Frieden. (Im Detail wurde die Politik Russlands in der Gruppe unterschiedlich bewertet.) Nicht alle EU-Staaten tragen in gleichem Maße die Aufrüstung und die aggressive Außenpolitik mit – und profitieren auch nicht im gleichen Maße von neuen militärischen Großaufträgen. Z.B. wird ein neues Militärflugzeug nur von Deutschland und Frankreich entwickelt

5) Rolle der Medien / Wie kann man „Europa“ für Menschen interessant machen?

Die Medien tragen in Grundsatzfragen zu Stabilisierung des Systems bei. In einer kapitalistischen Gesellschaft sind die Medien eng mit den ökonomisch Herrschenden verbunden. Es gibt jedoch auch Spielräume. Z.B. werden im Fernsehen im wieder Dokumentationen ausgestrahlt, die gründliche und für die politische Arbeit hilfreiche Informationen zum Thema Europa geben. Gesondert zu diskutieren wäre in attac, ob es Möglichkeiten gibt, Medien so zu beeinflussen, das uns diese helfen, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, einer grundlegenden Veränderung unserer Gesellschaft zu bilden. Wichtig ist, das wir uns um eine verständliche Sprache bemühen